

## ZITIERT

„Leider benötigen politische Lösungen Zeit. Ich hoffe auf ein Wiedersehen im Jahr 2016.“

**Joachim Amon verfasste ein Schreiben an seine Mitglieder und informierte sie, dass das Spanferkelgrillen entfallen wird.**

„Man sollte immer zuerst den Fall sehen und danach entscheiden.“

**Nationalratsabgeordneter Christian Lausch**

„Ich gebe hier weder dem Finanzamt recht, noch will ich den Klub der Exekutive totschiessen.“

**Derselbe**

„Es bedarf mehr Unterstützung der Vereinsobleute.“

**Nationalratsabgeordnete Eva-Maria Himmelbauer will, dass das „Service Freiwillige“ als Infostelle ausgebaut wird.**

## Details

○ Die **Wirtschaftskammer NÖ** schätzt, dass im Vorjahr über 10.500 Zeltfeste, Clubbings und Ähnliches in Niederösterreich stattfanden. 60 Veranstaltungen seien heuer angezeigt worden. Diese Zahl soll sich seit 2012 konstant halten.

○ Viele Anzeigen kommen vom **Bündnis der Gastronomie Austria (BDGA)**. Obmann Manfred Mader aus Hollabrunn sieht sich als „Selbsthilfegruppe“, weil die Wirtschaftskammer zu wenig tun würde. Besonders Clubbings von Jugendvereinen und JVPs sind ihm ein Dorn im Auge.

**HAUGSDORF** | Viel ist seitdem geschehen, dass unbedingt ausgetauscht werden musste: Die Hauptschulklasse des Jahrgangs 1950/51 traf sich im Café Dunder zum zweiten Mal, um zu sehen, wie sich der Lebensweg der früheren Schulkameraden weiterentwickelt hat – und welche Erinnerungen aus dem Klassenzimmer noch immer zum Schmunzeln bringen. Hilde Berger übernahm die Organisation.

Foto: privat

# Spanferkel dreht sich nicht mehr am Grill

**Gemeinnützigkeit fehlt** | Der Klub der Exekutive kann sein karitatives Fest vergessen. Joachim Amon ist auf der Suche nach einer Lösung.

Von Franz Enzmann, Sandra Frank und Karin Widhalm

**PFÄFFENDORF** | Joachim Amon versteht die Welt nicht mehr. Der Bezirksvorsitzende vom Klub der Exekutive, eine Vorfeldorganisation der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG), veranstaltet seit Jahren ein Spanferkelgrillen im Dorfhaus Pfaffendorf-Karlsdorf. Der Erlös kam karitativen Zwecken zugute – doch das gehört der Vergangenheit an. Mit der Hilfe von in Not geratenen Exekutivbeamten ist Schluss.

Die Einnahmen sind im Vorjahr einem 24-jährigen Familienvater übergeben worden. Er war nach einer krebserkrankten Chemotherapie nicht mehr dienstfähig. „Der junge Polizist freute sich über den namhaften Betrag“, erzählt Amon. Eine solche Hilfe ist nicht mehr möglich: Das Spanferkelgrillen darf nicht mehr abgehalten werden.

„Aufgrund von vermehrten Anzeigen gegen Veranstalter habe ich als Obmann bereits im Frühjahr die Gemeinnützigkeit unserer Organisation prüfen lassen“, wollte der SP-Funktionär alles klären. Die zuständige Ju-



SP-Gewerkschafter Joachim Amon kann die Grillschürze heuer an den Haken hängen. Foto: Enzmann

ristin beim Finanzamt habe aber wegen der bestehenden Rechtslage entschieden, dass der Verein nicht gemeinnützig sei. Man dürfe keine Speisen und Getränke mehr verabreichen.

Begründet wird dies mit den Vereinsstatuten, wo festgehalten ist: Unterstützt werden nur „unverschuldet in Not geratene Exekutivbeamte“ – und nicht jeder Staatsbürger. „Als Teilorganisation eines Landes- und Bundesvereins kann ich die derzeitigen Statuten nur in Absprache mit den Bundesfunktionären abändern“, erklärt Amon.

Da diese „Schwierigkeiten“ nicht nur den „Klub der Exekutive“ betreffen, sondern viele andere Vereine in Niederösterreich, bin ich auf der Suche nach Lösungen“, hofft der rote Gemeinderat auf politische Unterstützung im Land und Bund.

„Die Wahrheit liegt in der Mitte“, meint FPÖ-Nationalrat Christian Lausch. Die „gute Sache“ stehe bei solchen Charity-Veranstaltungen im Vordergrund, deswegen „sollte man hier nicht päpstlicher als der Papst sein“. Denn Not im Land gebe es genug. Aber: Gehäufte Benefizfeste in Wahljahren mit „FSG-Feuerzeugen“ seien sicher nicht Sinn der Sache.

Nationalratsabgeordnete Eva-Maria Himmelbauer erzählt, dass sich eine Arbeitsgruppe mit Juristen, Veranstaltern und politischen Vertretern aus Landes- und Bundesebene der Sache annimmt. „Wir wollen sehen, wasbedarf es wirklich, und welche rechtlichen Ungereimtheiten müssen ausgemerzt werden.“ Das „Service Freiwillige“ gebe zudem Obleuten bei Fragen Auskunft. „Ich kann mir vorstellen, dass das noch ausgebaut werden kann.“

